

**MIETEN
RUNTER!
DEMONSTRATION**

**Sa. 6. April 2019
Auftakt: 14 Uhr
Schlossplatz**

Ohne uns wäre der Gemeinderat ein Einheitsbrei Fünf Jahre Opposition mit Vision



Fraktionsmitglieder

Im Interview ziehen Tom Adler und Hannes Rockenbach Bilanz.

Der politische Kompass ihrer Gemeinderatspolitik, sozialer Zusammenhalt, Ökologie, Beteiligung und Transparenz, führte zu Erfolgen. Das Recht auf Stadt für alle durchzusetzen, die Stadt nicht den Investoren auszuliefern, dafür arbeitete die Fraktionsgemeinschaft Woche für Woche. Hat sich das gelohnt?

Fünf Jahre hat die Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus im Gemeinderat mit vielen Anträgen Vorschläge gemacht, um Stuttgart endlich ökologisch, sozial und demokratisch zu machen. Hat sich das gelohnt?

Tom: Es war die zweite Amtszeit unserer Zusammenarbeit als Fraktionsgemeinschaft. Ja, es hat sich nicht nur gelohnt, es hat auch Spaß gemacht! Wir sind die einzige Opposition im Gemeinderat, denn alle anderen Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträte sind sich im Grunde einig: Sie sind Tür-

öffner für Investoren, für die Stuttgart vor allem ein Platz ist, um aus Geld noch mehr Geld zu machen. Ob beim Wohnungsbau, bei Verkehrsfragen oder Stuttgart 21: Die Unterschiede zwischen CDU, SPD, Grüne, FDP und Freien Wählern sind in vielen Politikfeldern marginal. Sie eint die Wachstumsideologie und ihre Dienstleisterrolle für Investoren und Großunternehmen.

Hannes: ... und vor allem, dass ihnen alle Vorschläge und auch Initiativen aus der Bevölkerung im Grunde genommen lästig sind. Ohne unsere Stimme gäbe es im Gemeinderat nur Einheitsbrei. Die kritischen Fragen kämen gar nicht mehr auf die Tagesordnung. Hinter den Kulissen wird gedealt, nach der Devise „Gibst du mir, gebe ich dir“, dies schließt auch die Vergabe von Posten mit ein. Wir verstehen uns als Stimme und Unterstützer der Initiativen der Bürger_innen, egal ob es die Proteste der Erzieher_innen sind, der Mieter_innen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWSG, der Flüchtlingsfreundeskreise oder die

Initiativen für mehr Radverkehr, für Energiewende und mehr Lebensqualität in unserer Stadt.

Aber was habt ihr erreicht?

Tom: Manche waren richtig überrascht: Vieles haben wir schon vor zehn Jahren gefordert, weswegen wir damals von anderen Fraktionen oft als weltfremd bezeichnet wurden. Doch heute sind es genau die Themen, die im Zentrum der Diskussion stehen. Die Realität hat uns einfach Recht gegeben. Erstmals gibt es keine Mieterhöhung bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWSG. Viele Anläufe haben wir als Fraktionsgemeinschaft gemacht, damit die SWSG endlich auf die bislang routinemäßig durchgeführte Mieterhöhung verzichtet. Im Oktober 2015 haben wir das beantragt, im Juni 2016 erneut, zwei Jahre später am 6. Juni 2018 dann erneut mit

Antrag Nr. 152/2018. Endlich fand sich dafür eine Mehrheit. Natürlich spielt dabei auch eine Rolle, dass im Mai Kommunalwahlen sind. Ob sich also diese Mehrheit für Mietestopp nach den Wahlen hält, werden wir sehen. Wir jedenfalls werden weiter dafür kämpfen, dass die SWSG auf Mieterhöhungen verzichtet und die Mieten in Stuttgart nicht steigen, sondern fallen!

Hannes: Genauso ging es uns bei Bildung und Verkehr. Seit Jahren kämpfen wir konsequent gegen jede Fahrpreiserhöhung im VVS oder gegen die routinemäßigen Erhöhungen bei den KITA Gebühren, das zeigt jetzt Wirkung! Erst konnten wir mit dem Sozialticket die Halbierung der Ticketpreise für Bonuscard-Inhaber durchsetzen, jetzt sinken mit der Tarifreform erstmals die Preise für alle. Motiviert machen wir jetzt weiter und fordern das 365-Euro-Jahresticket für alle und am Ende den kostenlosen Nahverkehr. Ähnlich ist es bei den Kita-Gebühren: Jetzt gibt es zum ersten Mal in der Geschichte eine Senkung der Gebühren und wir machen natürlich weiter Druck für eine vollständig gebührenfreie Kita.

Noch ein zweites Erfolgsbeispiel beim Wohnen: Zweckentfremdungsverbotssatzung. Ein langes, sperriges Wort mit einfacher Bedeutung: Wohnungen müssen für Wohnen genutzt werden. Sie dürfen also nicht gewerblich genutzt werden, sonst drohen Bußgelder bis zu 50.000 Euro. Schon 2014 hatten wir den Antrag eingereicht und eine solche Satzung gefordert. Seit dem 1. Januar 2016 wurde die Satzung wirksam.

Aber ihr habt auch mit anderen Fraktionen zusammengearbeitet?

Hannes: Natürlich, aber das ist oft schwierig: Weil wir „Deals“ ablehnen, sind wir keine einfachen Verhandlungspartner. Dazu kommt, dass die anderen glauben, wir seien einfach

nie zufrieden, egal wie sehr sie uns entgegenkämen. Das liegt aber nur daran, dass wir mit einem sehr langen Atem an grundsätzlichen Veränderungen arbeiten. Ich bin mir sicher, nur so kommt es zu echten Erfolgen. So ein großer Erfolg ist „Stuttgart Laufd nai“. Christoph und Luigi von unserer Fraktionsgemeinschaft haben im Jahr 2017 ein Bündnis mit 23 Organisationen gegründet, alle wichtigen Interessenverbände für Ökologie und Verkehr sind dabei! Ziel ist, innerhalb des Cityrings eine echte Verkehrswende zu schaffen. Alle oberirdischen Parkplätze müssen weichen, damit Platz für zu Fußgehende und Radfahrende entsteht und die Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität an Attraktivität gewinnt. Geplant war, ein Bürgerbegehren zu initiieren. Die Fragestellung dafür war bereits formuliert. Erst als es für Grüne und SPD drohte ungemütlich zu werden, fand sich eine Mehrheit im Gemeinderat. Es wurde am 27. Juli 2017 vom Gemeinderat mehrheitlich ein Zielbeschluss mit dem Titel „Eine lebenswerte Stadt für alle“ gefasst. Er enthält alle

wichtigen Vorhaben des Bündnisses „Stuttgart Laufd nai“.

Tom: Auch das Hotel Silber wäre ohne unseren Einsatz und den der Initiativen abgerissen worden. Vor zehn Jahren herrschte bei allen anderen Parteien im Gemeinderat die Logik: Seid froh, dass Breuninger Millionen investiert, dem Investor dürfen wir keine Auflagen machen. SÖS/LINKE (und seit 2014 SÖS LINKE Plus) war die erste politische Kraft, die den Erhalt der ehemaligen Gestapo-Zentrale und die Umwandlung in einen Lern- und Gedenkort gefordert hat. Dann wurden weitere Stadträt_innen der Grünen und der SPD dafür gewonnen und nach harten Diskussionen und viel Druck der Initiative „Lern- und Gedenkort Hotelsilber“ folgten dann auch die Fraktionen der Grünen und SPD in Gemeinderat und Landtag. Am 3. Dezember 2018 wurde der Lern- und Gedenkort Hotel Silber eingeweiht und ist innerhalb weniger Tage zum Magnet für Besucher_innen geworden.



Foto: Timo Kabel

Tom Adler und Hannes Rockenbauch



Foto: Redaktion

Für leistbaren Mietwohnraum



Foto: Roland Hägele

So sieht es derzeit vor dem Hauptbahnhof aus.



Visualisierung: Mario Schneider

So könnte es vor dem Hauptbahnhof aussehen, wenn „Stuttgart lauft nai“ umgesetzt wird.



Foto: Roland Hägele

Autoverkehr und Parkhäuser an der Lautenschlagerstraße.



Visualisierung: Mario Schneider

So könnte es aussehen: Platz für Fuß Gehende und Radfahrende – Parkhäuser können in Wohnraum umgewandelt werden.

Hannes: Wir sollten auch nicht vergessen, wie oft wir alleine bei tagesaktuellen Fragen gegen die unsoziale Politik der Stadtspitze eingeschritten sind:

- Wir haben lautstark gegen den Abbau von Sitzbänken im öffentlichen Raum protestiert, haben Aktionen initiiert und uns dafür eingesetzt, dass es im öffentlichen Raum mehr, anstatt weniger Sitzgelegenheiten geben muss, auf denen man sich ohne Konsumzwang ausruhen kann.
- Ebenso haben wir uns für den Erhalt der CAP-Märkte in Unter- und Obertürkheim nachdrücklich eingesetzt. Hier geht es uns einerseits um den Erhalt der Nahversorgung in beiden Stadtteilen, andererseits um soziale Aspekte, weil die CAP-Märkte viele wirtschaftlich benachteiligte Menschen beschäftigen. Sie bieten einen kostenlosen Lieferservice und betreiben ein Café, wo sozialer Austausch stattfindet. Wir wehren uns dagegen, dass durch die Ansiedlung eines Aldi die Existenzgrundlage von zwei CAP-Märkten zerstört wird.
- Gemeinsam mit kritischen Flüchtlingsfreundeskreisen sind wir gegen die völlig überhöhten Gebühren für Flüchtlingsunterkünfte auf die Barrikaden gegangen und haben erst dadurch erreicht, dass die Gebühren gesenkt wurden.

Das sind nur drei Beispiele von vielen – und wir werden auch künftig dafür streiten, dass der soziale Zusammenhalt nicht zerstört wird.

Tom: Der Wert unserer Arbeit liegt aber nicht allein in tagespolitischen Beschlüssen und der Abwehr von Verschlechterungen. Vielmehr sind wir eine Kraft, die immer wieder grundsätzliche Fragen stellt und klare Position bezieht: „Wem gehört die Stadt?“ – „Wohnen ist Menschenrecht“ – „Wasser, Boden, Luft sind keine Ware“. Diese grundsätzliche Positionierung ist unser Kompass, mit dem wir die konkreten Schritte für einen grundsätzlichen Politikwechsel entwickeln. Aus dem Grundsatz „Wohnen ist Menschenrecht“ folgt beispielsweise für uns, dass es Aufgabe der Kommune ist, dieses Menschenrecht durch kommunalen Wohnungsbau zu garantieren, statt den Wohnungsbau privaten Investoren zu überlassen. Auf lange Sicht gelingt es dabei mithilfe von Initiativen immer wieder, andere Fraktionen unter Druck zu setzen.

Hannes: Das ist eigentlich der Punkt, der am meisten Spaß macht. Wenn du genau merkst, wie die anderen zuerst denken: „Die spinnen ja“ und dann plötzlich müssen sie zugeben: „Die haben ja recht“.

Das ist gut, aber eine entscheidende Frage bleibt Stuttgart 21, auch wenn es die anderen Parteien nicht mehr hören wollen.

Hannes: Man muss es klar sagen: Alle anderen forcieren die Zerstörung der Stadt und den Rückbau des Schienenverkehrs. Bei den Grünen wird es grotesk: Selbst Ministerpräsident Winfried Kretschmann gibt jetzt zu, dass die Stuttgart-21-Gegner_innen in allen Punkten recht gehabt haben. Die Bahn versinkt im finanziellen Chaos, auch durch S 21. Mitte Januar sagte der Grünen-Fraktionschef im Bundestag, Anton Hofreiter: „Statt für überbeuerte Inselprojekte wie Stuttgart 21 muss das Steuergeld künftig strikt dort eingesetzt werden, wo es den größten Nutzen für besseren Bahnverkehr bringt“. Das ist doch ein Wink mit dem Zaunpfahl! Und auch der Bundesrechnungshof bezeichnet S 21 als Fehlinvestition, die Bahn nennt es selbst unwirtschaftlich! Jeder Wirtschaftsbetrieb würde dieses Projekt sofort stoppen. Doch die Bahn macht auf Kosten der Steuerzahler_innen einfach weiter. Die S21-Kritiker_innen haben mit Umstieg 21 ein Konzept vorgelegt, das ein Ausweg aus der Katastrophe ist. Doch CDU, SPD und die Stuttgarter Grünen sind dafür, diese Katastrophe noch weiter zu bauen, nach dem Motto: „Die Zerstörung hat begonnen, sie hat bisher vier Milliarden Euro gekostet, wir vollenden sie, auch wenn sie

noch viele weitere Milliarden kostet.' Seit Jahren besteht die Möglichkeit zum Umstieg, aber sie verhindern ihn immer mit dem gleichen Argument: jetzt sei es zu spät. Wir bleiben dabei: Über S21 freuen sich nur die Baukonzerne und die Mafia. Ein Umstieg ist möglich und durch die Krise der Bahn AG nötiger denn je!

Tom: Ja, das Projekt Stuttgart 21 ist dermaßen tief in der Krise, und faktisch der Betonklotz am Hals der Deutschen Bahn. Darüber können auch medial abgefeierte Tage der offenen Baustelle und Kelchstützen-Inszenierungen nicht hinwegtäuschen. Die Bahn und ihre Projektpartner stolpern von einem Offenbarungseid zum nächsten, ob bei den Kosten oder beim Zeitplan. Ebenso bei ihren Planungsdesastern für den Bahnhof am Flughafen, bei den Wassereintrüben in Obertürkheim bei denen 2,5 Millionen Litern täglich in den Tunnel eindringen! Das soll das „bestgeplante Projekt aller Zeiten“ sein! Von der wahnwitzigen „Augen-zu-und-durch“-Haltung beim Brandschutz gar nicht erst zu reden. Kaum jemand verbindet mit dem Projekt noch etwas Positives. Alle Versprechungen sind als Lügen enttarnt, jede Legitimation ist dahin. Deshalb klammern sich die Projektunterstützer_innen im Stadtrat wie die Ertrinkenden an den Strohhalm „Wohnungsbau im Rosensteinviertel“. Das ist unredlich, denn die Rosenstein-Planspiele täuschen der Öffentlichkeit ein Quartier vor, das mit größter Wahrscheinlichkeit gar nicht entstehen wird.

Dass S21 heute weniger Legitimation denn je hat, ist auch das Ergebnis unsrer Protestbewegung, der bis heute die Luft nicht ausgegangen ist. Wir können stolz darauf sein, dass wir ein Teil dieser tollen sozialökologisch-humanistischen „Volkshochschule unter freiem Himmel“ sind!

Ein weiteres trauriges Kapitel neben S21 ist, dass Offenheit, Aufklärungswille und Transparenz offenbar nicht mehr selbstverständlicher Grundbestandteil grüner Politik sind. Die frühere Bürgerrechte-Partei trägt nichts dazu bei, die Verantwortlichkeiten im Skandal um die International Unit des Klinikums aufzuklären! Sie sollten einen sauberen Schnitt machen und zugeben, dass schwere Fehler gemacht wurden, dass der Krankenhausbürgermeister und die Stadtspitze den Stadtrat getäuscht und an der Nase herumgeführt haben. Stattdessen wird seit Jahren getrickst, getäuscht und getarnt. Die Grünen wollen noch nicht einmal, dass der Ausschuss für Akteneinsicht beteiligte Personen befragen darf.

Komfortabel eingerichtet in vielen Spitzenpositionen in Stadt und Land, völlig eingebunden in die Logik des Geschäfts- und Profitmachens, gehen die früheren Werte über Bord, insbesondere dann, wenn unangenehme Wahrheiten über die Rolle des



Foto: Wolfgang Rüter

Kämpfen gemeinsam im Rathaus für eine soziale und ökologische Politik: Hannes Rockenbauch und Tom Adler

eigenen Spitzenpersonals bekannt zu werden drohen. Das fördert Politikverdrossenheit und Sehnsucht nach autoritären Politikformen!

Hier muss offenbar eine Menge aufgeklärt werden. Gibt es weitere brisante Themen?

Hannes: Neben Stuttgart 21 ist der geplante Umbau der Stadt zur sogenannten Smart City das nächste Milliardenprojekt in der Region. Hinter dem Rücken des Gemeinderats führte der Oberbürgermeister Verhandlungen mit der Telekom und wollte dann innerhalb von einer Woche das Riesenprojekt durch die Gremien peitschen und die Zustimmung des Gemeinderats einholen. Nur Stadtrat_innen unserer Fraktionsgemeinschaft stellten sich dagegen, und jetzt wird klar: Hier soll eine Stadt für das autonome Fahren und das Internet der Dinge entstehen, mit riesigem Überwachungspotential und mit enormen negativen ökologischen Konsequenzen. Darüber braucht es aber zuerst eine öffentliche Debatte, die jedoch offensichtlich verhindert werden sollte. Wir fordern das Breitbandnetz als Eigenwirtschaftsbetrieb in städtischer Hand. Auch der Verdacht der Vetterleswirtschaft bei dem Deal mit der Telekom steht im Raum: Der ehemalige Oberbürgermeister Wolfgang Schuster ist seit September 2018 als Cheflobbyist für kommunale Angelegenheiten bei der Telekom tätig – und just in diesem Zeitfenster kommt ein riesiger Vertrag mit Stuttgart zustande. Wir haben dazu kritische Fragen gestellt und wollen die Sache aufklären.

Tom: Die zukünftigen Öffnungszeiten der Stuttgarter Bäder sind ein aktuelles und sehr kontrovers diskutiertes Thema. Diese sollen nach den bisher vorgelegten Planungen für die Öffentlichkeit deutlich reduziert werden. Das ist weder sinnvoll noch akzeptabel, denn die Stuttgarter Bäder sind ein wichtiger Ort

der Naherholung und der Gesundheitsförderung. Personalengpässe oder Nutzung der Bäder durch Vereine sind kein Argument für kürzere Öffnungszeiten. Die Bäder könnten gleichzeitig für Schulen oder Vereine mit abgetrennten Bahnen und für die Öffentlichkeit geöffnet werden. Häufig haben Schulen zu wenig Lehrpersonal für Schwimmunterricht, da könnte überlegt werden, ob der Unterricht von den Bäderbetrieben selbst angeboten werden könnte. Wir sehen unsere Bäder als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die die Kommune gewährleisten muss. In der Nachkriegszeit wurde ja sogar diskutiert, ob Stuttgart sich künftig, statt zur Automobilstadt, zur Bäderstadt entwickeln soll. Die Stuttgarter Bäder – nicht nur die Mineralbäder – sind Schätze, deren Nutzung durch die Bevölkerung nicht eingeschränkt werden darf! Die bisher vorgelegten Planungen müssen deshalb zurückgenommen, auf den Prüfstand und dringend überarbeitet werden. Dass die Stuttgarter_innen sich unüberhörbar in diese Debatte einmischen, ist ein gutes Zeichen!

Die Grünen haben in allen Stuttgarter Haushalten eine Zeitung verteilt, nach der im Grunde genommen in Stuttgart seit dem Amtsantritt des Grünen Oberbürgermeisters alle Probleme gelöst sind, oder Lösungen auf den Weg gebracht wurden.

Hannes: Diese Schönfärberei, die sich wohl eine Werbeagentur ausgedacht hat, schadet Stuttgart. Wer die Probleme nicht beim Namen nennt, will sie auch nicht lösen. Das hat Ursachen: Oberbürgermeister Fritz Kuhn hat es nicht geschafft, eine ökologische Wende in Stuttgart einzuleiten. Es besteht immer noch kein durchdachtes Klimakonzept, die Stadtwerke kommen nicht voran. Anders wie OB Kuhn auf der Demo „Fridays For Future“ am 15.03.2019 behauptete, ist die



Foto: Roland Hägele

Der Protest gegen Stuttgart 21 geht weiter: Brandschutz, Hochwasser und massive Probleme beim Tunnelbau – die Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus ist die einzige politische Kraft im Gemeinderat, die noch kritische Fragen stellt und sich gegen das Milliardengrab positioniert.



Foto: Redaktion

Wissen, wie viel man verbraucht: der ökologische Fußabdruck ist ein Gradmesser, wie es um den Klimaschutz bestellt ist.

Ausstattung von Schuldächern in Stuttgart bisher weder auf den Weg gebracht worden noch beschlossen. Radwege sind entweder in einem erbärmlichen Zustand oder existieren gar nicht, eine Idee von einer echten Verkehrswende scheint man mit Rücksicht auf Daimler und Porsche erst gar nicht entwickeln zu wollen. Erst mit der Initiative zum Radentscheid, den wir von Anfang an vehement unterstützt haben, ist etwas in Bewegung gekommen im Sinne eines fahrradfreundlicheren Stuttgarts. Auch hier ging es mal wieder nur gemeinsam mit dem Druck der außerparlamentarischen Rad-Initiative.

Tom: Das zeigt, wie wichtig eine starke und konstruktive Opposition im Gemeinderat ist, denn die anderen Fraktionen kehren häufig Probleme unter den Tisch, setzen auf Schein-Lösungen oder blockieren Lösungen. Wir haben sie zu nahezu allen Fragen vorgelegt:

Die Stadt soll selbst Wohnungen bauen und kaufen, wir wollen den öffentlichen Nahverkehr deutlich ausbauen und radikal billiger machen, den Rad- und Fußverkehr ausbauen und so die Voraussetzungen schaffen, um den Autoverkehr deutlich zu reduzieren. Wir wollen ein wirksames Klimaschutzkonzept mit Fahrplan und Finanzierung – und keine wohlklingenden, aber unverbindlichen Masterpläne und Konzepte, die in der Schublade verschwinden. In den vergangenen fünf Jahren haben wir mit einigem Erfolg konstruktiv vieles vorangetrieben, und – wo nötig – konsequent Oppositionspolitik gemacht. Was wir schon seit zehn Jahren vorgeschlagen haben, hat Chancen, Stück für Stück Realität zu werden – immer unter der Voraussetzung, dass auch der außerparlamentarische Druck wächst. Dafür lohnt sich unser Einsatz!



Foto: Roland Hägele

Bunt und laut für die Zukunft: Schüler_innen demonstrieren vor dem Rathaus für Klimaschutz.



Foto: Roland Hägele

Gemeinsam unterstützen sie streikende Schüler_innen: Hannes Rockenbauch und Tom Adler unterstützen Fridays For Future.

Trotz „Tarif plus“ – weiter zu wenig KITA-Plätze in Stuttgart



Christian Walter
Stadtrat
Junge Liste Stuttgart

Fünf Jahre – das ist in meinem Fall fast ein Fünftel meiner Lebenszeit, die ich nun im Gemeinderat verbringen durfte. Noch völlig überwältigt vom unerwarteten Wahlerfolg im Jahr 2014 ging es direkt an die Sacharbeit: Jugend, Bildung, Sport – da liegt in der Stadt zum Teil einiges im Argen. Dass Kommunalpolitik in Stuttgart vor allem Parteipolitik bedeutet, lernte ich schnell. Egal, ob es um die Besetzung von Bürgermeisterposten, um Deals im Haushalt oder um die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen geht: Die Parteien sind stets zur Stelle, wenn es etwas zu verteilen gibt. Welch' ein Glück, dass zumindest meine bunte Fraktion eine Alternative hierzu darstellt.

Nun zur Sacharbeit: Was wie eine Floskel klingt, nämlich dass die Probleme oft komplex sind und es keine einfachen Antworten gibt, hat sich leider bei vielen Themen bewahrheitet. So reicht es nun mal nicht, einfach zu fordern, dass die Stadt mehr Erzieher*innen einstellen und KITAs bauen soll. Denn die Probleme liegen tiefer: Es wurde zu wenig ausgebildet, was mittlerweile durch eine viel stärkere Förderung der sogenannten PIA-Ausbildung ein Stück weit behoben wurde. Es gibt wenige Grundstücke, wo KITAs schnell errichtet werden könnten – weshalb diese bei Neubauvorhaben immer mitgeplant werden sollten. Und zu guter Letzt ist Stuttgart aufgrund des hohen Preisniveaus für Erzieher*innen schlicht nicht attraktiv... hier sieht man eindrucklich, wie stark das Versagen in der Wohnraum- und Nahverkehrspolitik Einfluss auf andere Politikfelder hat! Immerhin lässt es sich als Erfolg verbuchen, dass wir die anderen Fraktionen davon über-

Mein größter Erfolg

Verlängerung der Tarifzulage
Tarif Plus für Erzieher*innen

Mein skurrilster Moment

Die Sanierung der Oper für 600 Millionen wird von den anderen Fraktionen nicht hinterfragt, aber die Neckarwelle für 3 Millionen Euro ist einigen „zu teuer“.

Der aha-Moment in den letzten fünf Jahren

Es ist November 2014 – der neue Gemeinderat ist gerade einmal sechs Monate im Amt und erhöht sich

seine Aufwandsentschädigung um satte 25 %.

Der größte Aufreger in den letzten fünf Jahren

Dezember 2015 – der Haushalt für die Jahre 2016/17 wird unter fünf Personen (OB, Finanzbürgermeister, Fraktionsvorsitzende CDU und Grüne) ausgedelt und von der schwarz-grünen Mehrheit durchgedrückt.

Warum ich erneut für den Gemeinderat kandidiere

Weil ich die wichtigen Entscheidungen in der Stadt nicht einfach den anderen überlassen möchte.

zeugen konnten, die Tarifzulage „Tarif Plus“ für Erzieher*innen nicht wie ursprünglich geplant ab dem Jahr 2017 abzuschmelzen, sondern in voller Höhe beizubehalten. Dass dennoch auf absehbare Zeit zahlreiche Eltern keinen passenden KITA-Platz finden werden, tut mir persönlich weh und bleibt eine der größten Dauerbaustellen in der Kommunalpolitik.

Nicht besser sieht es in den Schulen aus: Fast wöchentlich kommen Klagen von Eltern, Schülern, Rektor*innen und Lehrkräften, die sich über den Sanierungsstau, die mangelnde Digitalisierung oder fehlende Schulsozialarbeit beklagen. Verrückt: Das alles scheitert nicht am Geld, sondern am fehlenden Personal in den Ämtern. Auf diesen Umstand haben wir seit Anbeginn der aktuellen Wahlperiode hingewiesen, doch erst jetzt werden vermehrt Stellen in den Ämtern geschaffen... auch hier wird es also noch Jahre dauern, bis sich die Situation spürbar verbessert.

Kleine Erfolge gibt es immerhin im Sportbereich zu vermelden: Die Neckarwelle kommt vielleicht, nachdem eine Machbarkeitsstudie recht positive Ergebnisse zeigt. Kunstrasenplätze werden verstärkt saniert und auch für Bolz- und Spielplätze ist nun mehr Geld und Personal vorhanden!

Weitere Erfolge, die mich persönlich ein wenig stolz machen, sind das Wildtierverbot für Zirkusse; das Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum; die Zielbeschlüsse des Gemeinderats zur autofreien Innenstadt und zur Steigerung der Quote von Wohnungen in städtischer Hand sowie der Entfall der Altersgrenze bei der Ermäßigung für Studierende in Bädern. Auch die Neuordnung der VVS-Zonen ist ein erster, kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Unterm Strich fällt die Bilanz gemischt aus: Die Parteipolitik und Ignoranz bremst zwar immer wieder gute Ideen und Initiativen aus, es gibt aber auch immer mal wieder Erfolge zu vermelden. Also – weitermachen!



Foto: Roland Hägele

Schwerpunkt: Christian Walter setzt sich für die Interessen von Kinder und Jugendlichen.



Animation: Neckarwelle

So könnte surfen auf dem Neckar aussehen – Christian Walter hat das Projekt Neckarwelle von Anfang an unterstützt.



Animation: Neckarwelle

Surfen mitten in der Stadt – mit der Neckarwelle könnte in Untertürkheim eine Attraktion für Stuttgart entstehen.



Animation: Neckarwelle

Surfen in der Sonne: So könnte es aussehen, wenn die Neckarwelle realisiert ist.



Foto: Roland Hägele

Protest für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Entlohnung: Christian Walter setzt sich für Erzieher_innen ein.



Foto: Redaktion

Mehr Bolzplätze in der Stadt: als Ort der Bewegung und des sozialen Austauschs sind solche Flächen unverzichtbar.

„Viele meiner Initiativen erfordern Durchhaltevermögen“



Christoph Ozasek

Stadtrat
DIE LINKE

Für mich sind die zurückliegenden fünf Jahre erfolgreiche Jahre. Mit der Gründung unserer links-alternativen-radikalökologischen Fraktionsgemeinschaft wurde eine starke kommunalpolitische Kraft geschmiedet, die seither den Politikbetrieb hartnäckig vor sich herreibt. Wir stellen Machtverhältnisse in Frage, betreiben aber gleichzeitig gute Sachpolitik und zeigen Lösungen für drängende Probleme auf.

Kurz nach der Wahl konnten wir nach vielen Jahren des Bohrens dicker Bretter endgültig das Sozialticket im Stadthaushalt verankern. 80.000 Menschen mit Bonuscard in Stuttgart erhalten seit 2016 den Zugang zum Nahverkehr zum halben Preis. Ein sozialpolitischer Meilenstein, an dem ich intensiv mitgewirkt habe.

Gleiches gilt für den Lern- und Gedenk-ort „Hotel Silber“, ehemals Zentrum der NS-Schreckensherrschaft. Durch Druck aus der Bevölkerung und eine intensive fraktionsübergreifende Zusammenarbeit konnte dieser authentische Ort dem investorengetriebenen Stadttumbau entrissen werden, ein Ort, der nun zum Ausgangspunkt der Geschichtsaufarbeitung transformiert wird. Hier wird künftig das Immunsystem der Stadtgesellschaft gegen menschenfeindliche Hetze und Gewalt gestärkt.

Durch meine Initiativen für einen sozial-ökologischen Kurswechsel in der Stadtpolitik ist es gelungen, die Ratskoalition von CDU und B90/Grünen regelmäßig in Sachfragen zu sprengen. So konnte ich das Umweltgift Glyphosat im Wirkungskreis der Stadt

Mein größter Erfolg

Mit einer Stimme Mehrheit fiel 2017 im Rat der Zielbeschluss für die autofreie City. Für mich als Initiator und Sprecher des Bündnis „Stuttgart lauft nai“ ist dieses Projekt der erste Schritt zur Transformation der Autostadt zu einer Stadt nach menschlichem Maß: sozial, ökologisch und urban.

Mein skurrilster Moment

Meine Initiative für ein Verbot des vermutlich krebserregenden Umweltgifts Glyphosat wird vom grünen Oberbürgermeister mit allen Tricks ausmanövriert. Nach 876 Tagen (!) und auf massiven Druck kommt Bewegung in die Sache. Bis zuletzt will der Oberbürgermeister städtische Pachtflächen vom Verbot ausgenommen haben und stellt sich schützend vor die konventionelle Landwirtschaft. Doch zum Glück zieht die verärgerte grüne Ratsfraktion mit und verhilft uns zu einer Mehrheit für den Verbotsbeschluss. Totgespritzte Äcker, Obst- und Weinbauflächen gehören künftig der Vergangenheit an! Ein Meilenstein für den Artenschutz!

Aha Moment

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Bernd Klingler bedient sich privat aus der

Fraktionskasse, fliegt aus der Partei und läuft zur rechtsextremen AfD-Gruppe über. Dieser serviert er damit den Fraktionsstatus auf dem Silberblett. Die kriminellen Hassbotschafter finden sich jedoch gegenseitig ungenießbar und zerlegen sich.

Größter Aufreger

Der Erste Bürgermeister Michael Föll (CDU) verweigert die Abstimmung über meine Änderungsanträge zum Nahverkehrsplan. Unter Protest verlassen wir die Sitzung und kündigen Beschwerde bei der Rechtsaufsicht an. Ein Krisenstab im OB-Büro berät die Lage. Kurze Zeit später bittet man uns zurück in den Saal. Der Tagesordnungspunkt wird komplett abgesetzt. Föll meldet sich spontan krank.

Warum ich erneut kandidiere

Ich will Stuttgart neu erfinden: Nicht länger abhängig von klimazerstörerischer Energie und alten Industrien, stattdessen im ökologischen Gleichgewicht, mit vielfältigen, lebenswerten Quartieren, in denen alle Menschen gut leben können – jedoch ohne Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen zu betreiben. Nur mit starkem Druck von links wird diese Vision Wirklichkeit.



Foto: Redaktion

Dekarbonisierung und Divestment: Die Verbrennung von fossilen Rohstoffen muss ein Ende haben – die Geschäftemacherei mit den klimaschädlichen Rohstoffen auch!

verbannen, das kommunale Wildtierverschützung durchsetzen, und mit dem Zielbeschluss „Lebenswerte Stadt für alle!“ den Weg für eine autofreie City bereiten. Zusammen mit der CDU gelang es mir, die notwendigen Investitionsmittel durchzusetzen, um den Nesenbach aus dem Abwasserkanal zu heben, sodass er bald im Stadtraum sichtbar und erlebbar wird. Mit guten Argumenten wurden jedoch auch überparteilich getragene Mehrheitsentscheidungen möglich: So hat die von mir und Anna Deparnay-Grunenberg (Grüne) eingebrachte Initiative zur Definition sozial-ökologisch-ethi-

scher Leitlinien für das städtische Anlage- und Stiftungsvermögen selbst die CDU überzeugt, und dazu geführt, dass 600 Mio. Euro nicht länger in Militärwaffen, fossile Energien, oder Geschäftsfelder mit Gentechnik, Tierversuchen oder Kinderarbeit investiert werden. Ein Meilenstein für die Durchsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele. Viele meiner Initiativen erfordern Durchhaltevermögen. So streite ich für eine kommunale Energiewende, die auf der Nutzung der solaren und Erdwärmepotentiale sowie starken Stadtwerken aufbaut. Ich möchte in unserem Forst eine natürliche Waldent-

wicklung ermöglichen und unsere städtischen Felder ökologisch bewirtschaftet wissen. Auch die Verkehrswende gelingt in der Autostadt nur mit Hartnäckigkeit und Druck. Die VVS-Tarifzonenreform ist ein erster Erfolg zur Senkung der Preise, genauso wie der Radentscheid. Jedoch wird eine echte Offensive für den Umweltverbund bislang im Rat verhindert. Der grauen Stadt eine grüne Haut zu geben bleibt mir eine andauernde Verpflichtung, genauso wie die Zerstörung der guten Böden und das Artensterben zu verhindern. Deshalb bewerbe ich mich erneut um ein Mandat.



Foto: Redaktion

Raus aus der fossilen Energie: Will Stuttgart die Pariser Klimaschutzziele erreichen, muss die Müllverbrennungsanlage vom Netz gehen.



Foto: Redaktion

Neue Energie – Photovoltaik ist ein Baustein der Energiewende.



Foto: Redaktion

Stuttgart soll lebenswerter werden: mehr Platz für Kinder, Radfahrende und zu Fuß Gehende – dafür steht das Projekt Stuttgart lauft nai



Foto: Roland Hägele

Gegen verkehrte Verkehrspolitik, Feinstaub und Lärm: Stuttgart lauft nai ist ein Befreiungsschlag

Mehr Mittel für die Kultur!



Guntrun Müller-Enßlin
Stadträtin
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

In Zahlen

Ca. 100 Gemeinderatssitzungen, 10 Wortbeiträge im Gemeinderat, 200 Fraktionsitzungen, 300 weitere Sitzungen, 2 Haushaltsberatungen, 100 Anträge, hauptsächlich im Bereich Kultur, unzählige Gespräche insbesondere mit Kulturschaffenden...

Fünf Jahre – anfangs eine unübersehbare Zeitspanne, und nun ist sie fast vorbei. Mein Engagement gegen Stuttgart 21 hatte mich in den Gemeinderat sozusagen hineingespült und nun musste ich als absoluter Neuling den Rathausbetrieb und seine Strukturen zunächst mal von innen kennenlernen und mich darin zurechtfinden. Gar nicht so einfach. Es ging darum, mir Bereiche zu suchen, in denen ich mich engagieren wollte. Und bevor ich dann Zeit hatte, mich richtig einzu-

Mein größter Erfolg

Den kleineren Einrichtungen in der Stuttgarter Kulturszene das Gefühl zu geben, dass sich jemand für ihre Belange, auch finanzielle Nöte interessiert, auch wenn man nicht gleich Abhilfe schaffen kann.

Mein skurrilster Moment

Im Verwaltungsrat der Staatstheater: In der Novembersitzung 2017 bringe ich meine Verwunderung zum Ausdruck, dass beim geplanten Operinterim im Paketpostamt erbittert um belastbare Zahlen bzgl. der Interimskosten gestritten wird, ehe man diesem zustimmen könne. Ich werfe ein: „Bis jetzt hat das Gremium doch noch nie irgendeine Zahl bekommen und trotzdem, auch bei viel weitreichenderen Entscheidungen, immer brav zugestimmt. Das ist doch nichts Neues.“ Daraufhin grinsen die Verwaltungsrät_innen wie bei einem Streich ertappte Schüler, und in der Runde bricht allgemeine Heiterkeit aus.

arbeiten, überrollte uns die Thematik der Geflohenen, die im Herbst 2015 zu Tausenden in Stuttgart ankamen. Die zu bewältigenden Aufgaben betrafen fast alle kommunalen Fachbereiche. Zur Unterbringung mussten quasi im Wochentakt neue

Der Aha-Moment in den letzten fünf Jahren

Aha – so fühlt es sich an, wenn man in einem Verwaltungs- oder Aufsichtsrat regelmäßig in der Rolle ist, die Hand für die einzige Gegenstimme zu heben.

Der größte Aufreger in den letzten fünf Jahren

Das Großprojekt Opersanierung bläht sich immer mehr auf – 800 Millionen Euro sollen nicht zuviel sein, während in den Haushaltsberatungen an anderen Stellen um kleinste Beträge gefeilscht und einmal der Antrag eines kleinen Orchesters über 800 Euro Zuschuss abgelehnt wird.

Warum ich erneut für den Gemeinderat kandidiere

Die Erfahrung, dass man bei der derzeitigen Konstellation im Gemeinderat ziemlich wenig ausrichten kann, ist zwar frustig; die Aussicht, dass alles so bleibt, wie es ist, aber noch frustiger. Deshalb probiert man es trotzdem. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Standorte für Unterkünfte gefunden und beschlossen werden, es ging um Integration in Kindergärten und Schulen, um Arbeitsangebote und um Gesundheit, um Sprachkurse und Betreuungsschlüssel. An den Druck, kurzfristige Lösungen anbieten zu müssen,



Foto: Redaktion

Sitzbänke in der Stadt: Die dänische Hauptstadt Kopenhagen zeigt, wie es gehen könnte.

kann ich mich noch gut erinnern; es war aber auch eine sehr spannende und lehrreiche Zeit, die parteienübergreifende Solidarität im Gemeinderat beeindruckend. Ich habe in verschiedenen Arbeitsbereichen „geschnuppert“, ehe ich mich schließlich auf das Gebiet Kultur konzentriert habe, ein weites Feld, das vollkommen ausreicht, um mich zu beschäftigen. Die Stuttgarter Kulturlandschaft ist riesig, vielseitig und komplex. Zunächst ging es darum, mir einen Überblick zu verschaffen, was unglaublich interessant ist und mir bis heute viel Freude bereitet.

Kultur in einer guten Nutzungsmischung ist für das Funktionieren und den Zusammenhalt einer Stadtgesellschaft eminent wichtig, was meistens unterschätzt wird. Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, alle von der Stadt geförderten Theater zu besuchen – noch immer bin ich nicht ganz durch. Trotzdem meine ich, die Kulturszene mitsamt ihrer Problematik in den vergangenen Jahren gut kennengelernt zu haben, nicht nur mittels meiner Besuche in den verschiedensten Einrichtungen, sondern vor allem durch viele Gespräche im Zuge der Haushaltberatungen

2015 und 2017, wenn sich in unserer Fraktion die Vertreter_innen verschiedenster Kulturinstitutionen mit ihren Förderanträgen die Klinke in die Hand gaben. Die chronische Finanzmittelknappheit insbesondere kleiner Einrichtungen und Projekte in der Theater- und Tanzszene ist mir dabei besonders ins Auge gestochen; strukturelle Unterfinanzierung ist ein Dauerbrenner im Kulturbereich und ihre Beseitigung mittlerweile mein wichtigstes Anliegen.



Foto: Roland Hägele

Einsatz gegen Stuttgart 21: Guntrun Müller-Enßlin streitet nach wie vor für den Kopfbahnhof und damit gegen den Rückbau von Bahn-Infrastruktur.



Foto: Roland Hägele

Einsatz für Kultur und Umwelt: Als kulturpolitische Sprecherin der Fraktionsgemeinschaft setzt sich Müller-Enßlin gegen die strukturelle Unterfinanzierung vieler Kulturbetriebe ein.



Foto: Roland Hägele

Baustelle Oper: Sanierung? Interimsquartier? Neubau? Die Opernfrage war das große Thema der letzten fünf Jahre – und wird auch in Zukunft weiter aktuell bleiben.

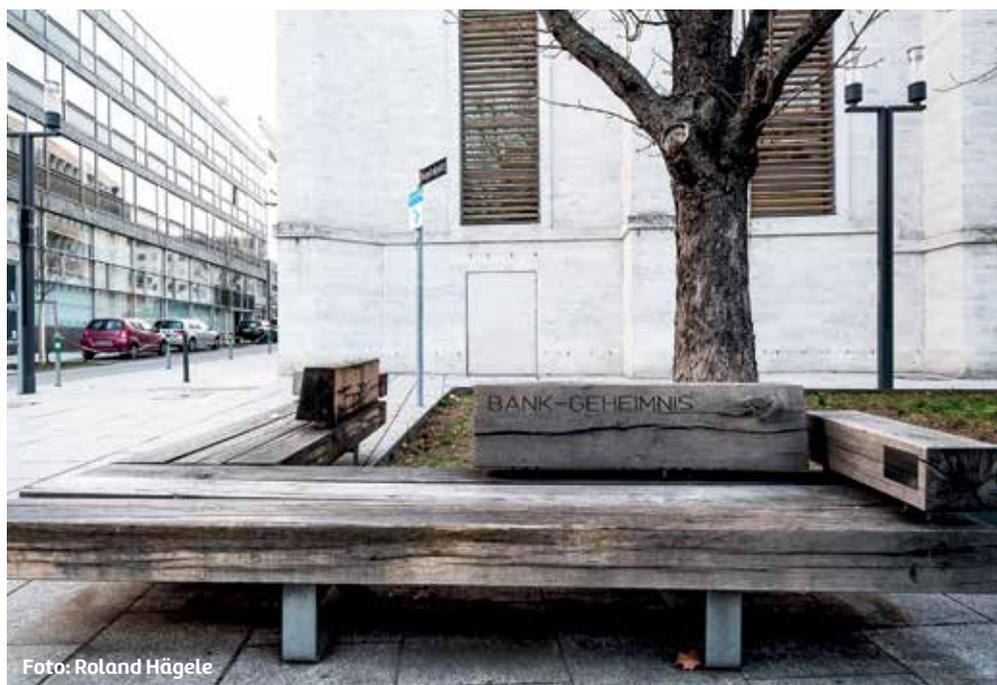


Foto: Roland Hägele

Ausnahme in Stuttgart: Eine bequeme Sitzbank. Davon gibt es viel zu wenige – Guntrun Müller-Enßlin setzt sich für mehr Sitzgelegenheiten in der Innenstadt ein.

Bilanz



Hannes Rockenbauch

Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)



Foto: Redaktion

Einsatz für leistbaren Mietwohnraum: Hannes Rockenbauch setzt sich vor und im Rathaus für das Menschenrecht auf Wohnen ein.

Seit 15 Jahren sitze ich jetzt im Stuttgarter Gemeinderat und doch waren die letzten Jahre in der Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke-Plus etwas ganz Besonderes für mich. Wenn ich meine gesamte Zeit im Stuttgarter Gemeinderat einordne, liest sich das in etwa so:

Die ersten fünf Jahren

als Einzelstadtrat waren für mich wunderbare Leer/und Lehrjahre. Als Einzelstadtrat von allen Ausschüssen und vorbereitenden Gremien ausgeschlossen, habe ich mir die Freiheit erarbeitet, grundsätzliche Kommunalpolitik in Kooperation mit außerparlamentarischen Initiativen zu praktizieren. Viele der damals begonnenen Projekte von Verkehrswende bis Klimawende begleiten mich bis heute.

Die zweiten fünf Jahre

in der Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke haben mich die Arbeit in Fraktion und Ausschüssen gelehrt. Zu den großen Projekten kam das nötige und wichtige Kleinklein der Gremienarbeit dazu. Die bis heute theoretisch existierende ökologisch-soziale Mehrheit von Grünen, SPD und uns hat die interfraktionelle Arbeit gestärkt. Wobei sich das alles dominierende Thema Stuttgart 21 auch gleich zur Demonstration der Grenzen dieser Mehrheit entpuppte.

Die dritten fünf Jahre

in der Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke-Plus sind dann zur Synthese der ersten beiden Phasen geworden. Personell gestärkt, gemeinsam mit sieben wunderbaren Frak-

tionskolleg_innen haben wir uns in eine unglaubliche Detailfülle und Breite der Kommunalpolitik eingearbeitet, ohne dabei die grundsätzlichen Themen und die weite Perspektive zu vergessen. Wir haben erneut erfahren, dass man die dicksten Bretter besser gemeinsam mit außerparlamentarischen Initiativen bohrt. Ich glaube, dass es uns nur durch die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und Verbänden gelingen konnte, mit der „autofreien Innenstadt“ und dem Thema „bezahlbar Wohnen“ endlich Gehör bei den anderen Fraktionen zu finden. Ohne das Bündnis „laufd nait“ das ja Luigi und Christoph von unserer Fraktion maßgeblich mitaufgebaut haben oder das Aktionsbündnis Recht auf Wohnen das Tom und ich mit aufbauen, wären wir heute noch nicht soweit bei diesen wichtigen Themen.

Dass wir den Radentscheid unterstützen, ist für uns genauso eine Selbstverständlichkeit, wie die Initiative „Freifahren Stuttgart“, die sich für einen kostenlosen Nahverkehr in Stuttgart stark macht. Selbstredend gehört es zu unserer Arbeit, die Stuttgart 21-Bewegung auch mit Fachveranstaltungen im Rathaus zu unterstützen.

Meine größtes Aha-Erlebnis

in den letzten fünf Jahren ist die Feststellung, wie wenig Beitrag und Power, von der immer grüner werden Verwaltungsspitze zu all diesen wichtigen strategischen Themen geleistet wird. Wenn nicht schlimmer dann zumindest genauso wie zu CDU Zeiten, wird hier Zukunft verwurstelt. Exemplarisch zeigt sich das an der Dünnhäutigkeit des Oberbürgermeisters im Umgang mit der Initiative Aufbruch.



Foto: Roland Hägele

Das EnBW Areal am Stöckach - Hannes Rockenbauch setzt sich dafür ein, dass die Stadt das Gelände selbst entwickelt und leistbaren Mietwohnraum schafft - und das nicht dem Investor EnBW überlässt.



Foto: Roland Hägele

Verkehrswende selber machen: Hannes Rockenbauch redet beim Picknick auf der B14.



Foto: Roland Hägele

Trostlose Asphaltwüste: So sieht die B14 heute aus.



Visualisierung: Mario Schneider

Platz da: Fuß- und Radverkehr, ÖPNV, Wohnen und Grün statt Blechlawine – so könnte die B14 aussehen.

Erneut ist es an den Bürger*innen, offenzulegen wie sträflich visions- und konzeptlos in Stuttgart wichtige städtebauliche Entscheidungen z. B. beim Kulturquartier getroffen werden. Stattdessen sollte das Wissen und die Kompetenz der Menschen in der Stadt einbezogen und genutzt werden.

Die städtischen Anmeldungen für die IBA 2027 setzten dem Ganzen die Krone auf. Die angemeldeten Projekte lesen sich wie die Selbstaufgabe jeglichen politischen Gestal-

tungswillens. Dies bestätigt sich auch bei den so wichtigen Arealen der Zukunft wie dem EnBW Gelände am Stöckach und am Gaskessel. Sie werden von unserer Stadt ambitionslos einem Großkonzern zum Aufbau neuer Geschäftsfelder überlassen.

In den kommenden fünf Jahren

wird es darum gehen, dass wir hoffentlich noch gestärkter unsere Arbeit fortsetzen können. Denn ich sehe noch weiter große Themen, die wir uns intensiv weiterverfolgen

müssen: Erstens Energiewende umsetzen und Klimawandel stoppen, zweitens soziale Teilhabe in Stuttgart garantieren und ausbauen und drittens den Ausbau der digitalen Infrastruktur als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge voranbringen.

Liebe und Respekt für die Menschen in unserer Stadt



Laura Halding-Hoppenheit

Stadträtin
DIE LINKE

Ich blicke auf erfolgreiche und turbulente viereinhalb Jahre im Gemeinderat Stuttgart zurück, es gab viele interessante Erfahrungen aber auch Veränderungen, die mir Sorgen bereitet haben. Auch ist es immer wieder frustrierend, zu sehen wie oft die Anträge meiner Fraktion abgeschmettert wurden. Trotz alledem habe ich mich nicht unterkriegen lassen, denn die Zeit war auch sehr lehrreich und schön.

Auch in meiner Arbeit als Stadträtin, bleibt der Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung ein wichtiger Punkt für mich. Ich setze mich für alle Lebensformen ein, egal welcher Herkunft, Religion oder geschlechtlicher Orientierung. Es ist bekannt, dass ich mich für die LGTB*-Bewegung seit über 40 Jahren einsetze und ich werde so schnell nicht aufhören.

Ein kleines persönliches Highlight war für mich die Generaldebatte Soziales im Gemeinderat, in der ich für meine Fraktion sprechen durfte. In den Vorbereitungen zur Rede hatte ich die Gelegenheit noch einmal zu reflektieren, was für mich eigentlich soziale Kommunalpolitik bedeutet. Es ging für mich um die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt bestellt ist und wie wir ihn verbessern können.

In unserer Fraktionsgemeinschaft gab es immer einen Grundkonsens, dass der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht wie bei anderen, sinnlose Großprojekte. Dafür möchte ich mich auch bei meinen Stadtratskolleg*innen bedanken und auch sehr bei den Mitarbeiter*innen der Fraktionsgeschäftsstelle.

Mein größter Erfolg

Das ich für meine Fraktion die Rede zum Thema Soziales in der Generaldebatte im Gemeinderat halten durfte.

Mein skurrilster Moment

Davon gab es regelmäßig viele: Die AfD-Reden im Gemeinderat die nicht zu ertragen waren.

Der aha-Moment in den letzten fünf Jahren

Der Moment, als ich zum ersten mal sehr intensiv die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger*innen spüren konnte, dies hat mir bewusst gemacht, wie zentral der Mensch für die Arbeit im Gemeinderat ist.

Inklusion war ein besonderes Thema für die Fraktion und für mich. Wir haben viereinhalb Jahre lang für eine menschengerechtere und inklusivere Stadt gekämpft.

Ich hätte es mir vor Jahren nicht vorstellen können, dass das Thema Armut in Stuttgarts Straßen so präsent werden würde wie heutzutage. Die Altersarmut ist meist weiblich. Dass Frauen sich ihr ganzes Leben um ihre Kinder und Familie gekümmert haben, interessiert im Alter niemanden. Auch hätte ich mir niemals gedacht, dass Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in einer so reichen Stadt jemals ein Thema sein würden, aber ich wurde eines Besseren belehrt. Was mich auch stark beschäftigt, ist das Wohl der Kinder in unserer Stadt. Ich kann nicht mit gutem Gewissen zuschauen, wie Armut vererbt wird. Familien mit vielen Kindern haben kaum die Chance, an der kulturellen Teilhabe teilzunehmen.

Es freut mich immer sehr, von Bürger*innen auf der Straße als Stadträtin erkannt zu werden. Ich konnte viele tolle Gespräche führen und durfte für meine Tätigkeit auch viel Anerkennung erfahren. Hierfür möchte ich mich sehr herzlich bedanken! Auf der Straße als Stadträtin erkannt zu werden, hat mir aber auch gezeigt, dass es wichtig ist, sichtbar zu sein. Durch diese Sichtbarkeit schaffen wir es vielleicht, das Interesse an Politik in den Menschen zu stärken und außerdem besteht so die Möglichkeit, durch kurze Kommunikationswege auf unbürokratischem Wege die Probleme der Einwohner*innen anzugehen. Persönlich sehe ich es als eine Aufgabe, fern von Partei, die kommunale Beteiligung zu

Der größte Aufreger in den letzten fünf Jahren

Dass in den Haushaltsberatungen die vielen guten Anträge unserer Fraktion von den anderen Fraktionen abgeschmettert wurden.

Warum ich erneut für den Gemeinderat kandidiere:

Viele soziale Projekte die angefangen wurden, wurden noch nicht beendet: Freie Fahrt für Schüler, freies Essen in Kita und Schule, kostenlose Kita allgemein; es gibt noch viel zu tun und man braucht oft mehrere Wahlperioden, um die Ziele umzusetzen.

stärken. Zum Schluss muss ich noch sagen, dass die Spaltung der Gesellschaft immer größer wird. Unsere Aufgabe als linke Partei ist es, gemeinsam für eine bessere Welt zu kämpfen.



Foto: Redaktion

Einsatz für Kinder: Laura Halding-Hoppenheit streitet für Kinderrechte.



Foto: Redaktion

Sozialpolitik: Im Rathaus und in zahllosen Vereinen und Organisationen engagiert sich Laura Halding-Hoppenheit für ein gutes soziales Miteinander.



Foto: Roland Hägele



Foto: Roland Hägele



Foto: Roland Hägele



Foto: Roland Hägele

Kommunalpolitik rockt!



Luigi Pantisano

Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

In der Kommunalpolitik geht es für mich darum, den Grundsatz "Global denken, Lokal handeln" in praktische politische Arbeit zu übersetzen und das jeden Tag und bei allen denkbaren Themen. Das reicht von der kleinsten lokalen Ebene in Initiativen, im Verein, über den Bezirksbeirat bis zum Gemeinderat. Immer dann, wenn es vor Ort etwas zu entscheiden gibt, stelle ich mir die Frage, welche Auswirkungen die jeweilige Entscheidung für die Welt hat. Sei es für das Klima, den Frieden oder für ganz grundlegende soziale Entwicklungen. Jede Entscheidung steht in einem globalen Zusammenhang und wir können und müssen unserer Verantwortung für die Welt in der Kommunalpolitik sehr wohl gerecht werden.

Die Möglichkeiten des Engagements in der Kommunalpolitik sind für mich vielfältig. Mir ist es wichtig, die parlamentarische Arbeit immer mit außerparlamentarischen Aktivitäten zu kombinieren. Beides macht Spaß und kann zur Umsetzung unserer politischen Ziele führen. Ganz egal wie viele Sitze wir als Fraktion im Gemeinderat haben, wenn Initiativen und Stuttgarter*innen mit uns gemeinsam für ein Anliegen streiten, können wir oft ganze Berge versetzen. Das von uns initiierte Bündnis „Stuttgart Laufd Nai“ für eine lebenswerte Innenstadt Stuttgart für zu Fuß Gehende und Radfahrende hat gezeigt, was wir alles bewirken können. Der zusammen mit Grünen und SPD beschlossene Antrag zu einer autofreien Stadt wäre nie möglich gewesen, ohne die Unterstützung der vielen Bündnispartner*innen.

Seit ich im Gemeinderat sitze, ist mir die Bedeutung des Wortes „Sitzungen“ so richtig

Mein größter Erfolg

Der Beschluss für eine lebenswerte Stadt Stuttgart, der die Innenstadt weitgehend von Autos befreit und zu einer Zone für Fuß- und Radfahrer*innen gestaltet.

Mein skurrilster Moment

Die Implosion der AfD Fraktion in drei oder vier Teile – diese Stadträte waren sich selten einig, außer in ihrem Hass gegen Migrant*innen und Geflüchtete.

Der aha-Moment in den letzten fünf Jahren

Das es möglich ist, dass Stadträte der AfD andere Stadträt*innen und Gäste

bewusst geworden. Die letzten Jahre habe ich Stunden über Stunden in Sitzungen verbracht. Nach der vierten oder fünften Sitzung habe ich dann auch gemerkt, dass sich die Argumente ständig wiederholen. Die Abstimmungsergebnisse stehen aber in 99% der Fälle leider schon vorher fest. Die bürgerlichen Parteien von CDU, FDP über SPD bis zu den Grünen machen Entscheidungen meistens unter sich aus. Es gibt auf kommunaler Ebene zwar selten „Regierungskoalitionen“, aber sehr wohl Mehrheitsbündnisse. Diese hinter verschlossenen Türen getroffenen „Kompromisse“ werden wie auf einem Flohmarkt verhandelt. Nach dem Prinzip „stimmt ihr heute für unseren Antrag, stimmen wir morgen für euren“. Wir müssen dieses undemokratische Vorgehen stören und wenn möglich durchbrechen. Außerdem wollen wir

beleidigen und der zuständige grüne Bürgermeister als Sitzungsleiter einfach nur schweigt.

Der größte Aufreger in den letzten fünf Jahren

Der Abbau von Sitzbänken auf der Königstraße, weil dort Obdachlose hin und wieder übernachtet haben. Und das auch SPD und Grüne dem zugestimmt haben.

Warum ich erneut für den Gemeinderat kandidiere

Weil es noch so viel zu tun gibt für eine soziale und ökologische Stadt Stuttgart.

mit unserer wichtigen oppositionellen Arbeit klare Position gegen Rassisten auf der rechten Seite des Rats beziehen.

In unseren Reden im Gemeinderat haben wir in den letzten Jahren oft deutliche Kritik an den herrschenden Verhältnissen geübt, die durch einen Kapitalismus verursacht werden, dessen Ziel es ist – auf dem Rücken von beispielsweise Mieter*innen für die Interessen von Unternehmen wie VONOVIA –, Milliardenprofite zu erzielen. Mit meinem kommunalpolitischen Mandat habe ich mich bemüht, mich für diejenigen einzusetzen, die in der Politik keine Stimme haben. Es geht nicht um uns als Stadträt*innen, sondern um die Interessen der Menschen, von denen wir gewählt worden sind.



Foto: Roland Hägele

Diskussionsrunden mit Struktur: Der Austausch mit der Zivilgesellschaft ist Luigi Pantisano wichtig.



Foto: Roland Hägele

Engagement für Geflüchtete: Luigi Pantisano setzt sich vehement gegen Abschiebungen ein.



Foto: Roland Hägele

Anpacken: Leerstand in der Stadt beleben

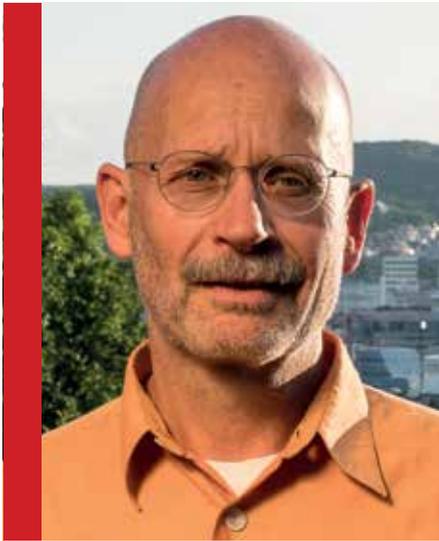


Foto: Redaktion

Auch auf der Straße streitet Luigi Pantisano für ein soziales und ökologisches Stuttgart

Bilanz von Tom Adler

Mit außerparlamentarischen Initiativen zusammenarbeiten



Thomas Adler

Stadtrat
DIE LINKE



Foto: Redaktion

Mieten wird immer teurer – in Stuttgart und Umgebung gehen die Preise durch die Decke. Höchste Zeit, dass die Politik reagiert und selbst leistbaren Mietwohnraum anbietet.

2009 wurde ich für DIE LINKE zum ersten Mal in den Stadtrat gewählt. Der Druck von Initiativen, Basisbewegungen und Öffentlichkeit kann nicht groß genug sein, um Entscheidungen im Stadtrat in die richtige – heißt: soziale, ökologische, humanistische – Richtung zu verschieben. Nur gemeinsam mit der konsequenten Arbeit von Basisinitiativen kann der schwerfällige Rathaus-Tanker in Bewegung gesetzt und Kursänderungen eingeleitet werden. Mein Politikverständnis heißt: nur durch enge Zusammenarbeit gewählter Vertreter_innen mit außerparlamentarischen Initiativen entsteht Bewegung im Rathaus.

Da Wohnen eines meiner Schwerpunktthemen im Gemeinderat ist, haben wir konsequent Forderungen nach einem höheren Bestand an bezahlbaren Mietwohnungen gestellt. Trotz offensichtlichem Miet- und Wohnungsproblem in der Stadt, war es für alle anderen Fraktionen lange Zeit kein Thema. Die Mieter*innenwelt war für sie in Ordnung, der Ausverkauf städtischer Grundstücke eine Selbstverständlichkeit. Unsere Vorstöße für ein Wohnungsbauprogramm auf eigenem städtischem Grund und wirksamen Mieterschutz wurden von CDU bis zur SPD als kommunistisches Teufelszeug denunziert, bestenfalls belächelt und bekam nur die Stimmen unserer eigenen Fraktion. Die Realität hat die Bürgerlichen eingeholt und der öffentliche Druck nimmt zu: von wehrhaften Vonovia-Mieter*innen bis hin zu spektakulären Aktionen wie Hausbesetzungen. „Bezahlbare Mieten“ ist Wahlkampfthema. Auch Fritz Kuhn proklamierte im OB-Wahl-

kampf schon 2012 „Für Stuttgart bauen, nicht für Investoren“. Nach sieben Jahren Amtszeit des grünen OBs ist aber Wohnen weniger bezahlbar denn je.

Auf unseren Druck wurde der Zielbeschluss im Stadtrat gefasst, dass die Stadt und ihre Wohnungsbaugesellschaft SWSG den eigenen Grundstücks- und Wohnungsbestand signifikant erhöhen. Doch selbst dieser Beschluss wird im Rathaus-Alltag ständig unterlaufen, gerade auch von SPD und Grünen, die diesen Zielbeschluss mitgetragen hatten. Ein Erlebnis der besonderen Art war

dabei die letzte von Michael Föll geleitete Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnen: mit 7 von 13 Tagesordnungspunkten (!) wurden städtische Grundstücke privatisiert. Ein Föll'scher-Schlussverkauf städtischen Bodens, mit nur drei Gegenstimmen von SÖS LINKE Plus! Dass Grüne und SPD – hinter verschlossener Tür – ungebrochen den Ausverkauf städtischen Tafelsilbers mittragen, hat nicht nur eine ärgerliche, sondern schon eine skurrile Note. Denn in ihrem Kommunalwahlkampf propagieren sie das Gegenteil, nämlich – copy & paste unserer von ihnen



Foto: Roland Hägele

Leidenschaftlich gegen Leerstand und unbezahlbare Mieten: Tom Adler

bisher ständig abgelehnten Forderungen – Bodenvorratspolitik und Vergabe im Erbbau statt Verkauf städtischen Grunds! Damit den Worten tatsächlich Taten und wirksame Beschlüsse im Rat folgen, braucht

es offenbar noch mehr politischen Druck von der Straße. Unser „Aktionsbündnis Recht auf Wohnen“ hat dafür die Initiative ergriffen und ein breites Bündnis für eine „Mieten runter!“-Demo am 6. April auf die Füße gestellt.

So etwas nannten die Jusos in ihren besseren Zeiten „Doppelstrategie“. „Draußen“ und „drinnen“ zu kombinieren bleibt meine Perspektive – sie macht gute Laune für's Weiterarbeiten nach der Kommunalwahl!



Foto: Roland Hög



Foto: Roland Hägele

LINKE-Stadtrat for future: Tom Adler unterstützt die Fridays for Future Proteste.



Foto: Roland Hägele

Aktiv gegen Leerstand: Unsere Fraktion setzt sich für städtischen, leistbaren Mietwohnraum ein.

Einsatz für Transparenz, Feuerwehr und Sport



Stefan Urvat
Stadtrat
Piratenpartei



Foto: Redaktion

Auch bei Stuttgart 21 fehlt es an Transparenz

Größter Erfolg

Meine Anträge auf Aufzeichnung von Gemeinderatssitzungen (und Ausschusssitzungen) führten immerhin dazu, dass inzwischen die vier Generaldebatten zur Vision 2030 gestreamt und aufgezeichnet wurden.

Skurrilster Moment

Zum feuerwehrpolitischen Sprecher avanciert, merkte ich, dass man sich selbst ein Bild vor Ort von den Feuerwachen machen muss. Das „Highlight“ war mein Besuch in der Feuerwache 4 Feuerbach, der meine schlimmsten Befürchtungen über den Zustand der Berufsfeuerwehrwache noch bei weitem übertraf. Ein Amtsblattartikel, in welchem ich die Misere schilderte, trug sicher auch dazu bei, dass mehr Geld für die Feuerwehr im Doppelhaushalt 18/19 und weitere Unterstützung beschlossen wurde.

Aha-Moment

Das Thema Cannabis-Legalisierung bzw. Cannabis Social Club entwickelte sich vom Exotenthema von uns Piraten zum ernsthaften Anliegen. Hier zeigte sich, dass von Seiten fast aller Akteure (mit Ausnahme der CDU) Änderungen in dieser Richtung gewünscht sind. Das übertraf bei weitem den Rückhalt, den ich beim Runden Tisch dazu erwartet hätte.

Der größte Aufreger

Gut gemeint aber mit ungeahnten Folgen einhergehend, war unser Versuch, die Direktwahl der Bezirksbeiräte einzuführen. Das Ergebnis war eine äußerst kontroverse Diskussion innerhalb aller Bezirksbeiratsfraktionen, auch in unseren. Dementsprechend kam es zu völlig unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen in den Bezirken (so sie denn abgestimmt wurden). Als Spätfolge fühlte sich die CDU (!) im letzten Doppelhaushalt 2018/19 bemüßigt, die Budgets der Bezirksbeiräte massiv anzuheben, um auch Kritiker aus ihren eigenen Reihen an der bisherigen Entsendemethode ruhig zu stellen.

Ich kandidiere erneut für den Gemeinderat

- weil beim Thema „Mehr Transparenz“ weiterhin sehr großer Handlungsbedarf besteht;
- weil die Bürgerbeteiligung mangels formaler Rechte noch immer völlig unterentwickelt ist. Dies trifft gleichermaßen auf den Bürgerhaushalt wie auch Einwohneranträge und Verfahrenseinleitung zu.
- bleibt das Thema Cannabis Social Club in jedem Fall aktuell.
- weil ich die Feuerwehr weiterhin dringend unterstützen möchte und
- weil sich Stuttgart zwar Sportstadt nennt, aber manches dabei von Seiten der Stadt immer noch stark unterentwickelt ist, um die wichtigsten Gründe zu nennen.



Foto: Roland Hägele

Einsatz für die Feuerwehr: Stefan Urvat setzt sich leidenschaftlich für die dringend notwendige Sanierung vieler Stuttgarter Feuerwachen ein.

Wie wir den Anderen Beine gemacht haben 2014 – 2019:

Hotel Silber

SÖS LINKE (ab 2014 SÖS LINKE Plus) war die erste politische Kraft, die sich für den Erhalt des ehemaligen Gestapo-Gefängnisses eingesetzt hat und die Umwandlung in eine Gedenkstätte gefordert hat. Am 3. Dezember 2018 wurde der Lern- und Gedenkort Hotel Silber eingeweiht und aus dem Stand zum Besucher_innen-Magnet.

Stuttgart Laufd nai

Die Fraktionsgemeinschaft hat im Jahr 2017 ein Bündnis mit 23 Mitgliedern gegründet, dessen Ziel es war, innerhalb des Cityrings eine echte Verkehrswende zu schaffen. Alle oberirdischen Parkplätze müssen weichen, damit Platz für zu Fußgehende und Radfahrende entstehen kann und die Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität an Attraktivität gewinnt. Geplant war ein Bürgerbegehren, die Fragestellung war bereits rechtssicher formuliert – dann fand sich eine Mehrheit des Gemeinderats, welche einen Zielbeschluss gefasst hat, dass alle wichtigen Vorhaben des Bündnisses „Stuttgart laufd nai“ beinhaltet. Näheres unter www.stuttgart-laufd-nai.de Unter dem Titel „Eine lebenswerte Stadt für alle“ wurde der Zielbeschluss am 27. Juli 2017 vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen.

Künftig mehr Fahrradverkehr in Stuttgart

Von Anfang an haben wir die Initiative Radentscheid intensiv unterstützt. Nachdem über 35.000 Unterschriften für mehr, besseren und sicheren Radverkehr gesammelt wurden, haben wir gemeinsam mit den Akteuren des Radentscheids, den Grünen, Sozialdemokraten und Stadtisten einen Zielbeschluss ausgehandelt. Die Verwaltung ist nun vom Gemeinderat verpflichtet worden, bis 2030 den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen auf 25 Prozent zu erhöhen. Künftig kommen bei jedem Projekt die Qualitätsstandards im Sinne des Radentscheids zu Anwendung: ein wegweisender Beschluss auch für den Klimaschutz!

Zielbeschluss: Stadt soll 30.000 Wohnungen besitzen

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWSG besitzt derzeit zirka 18.000 Wohnungen, davon nur rund 8.000 Sozialwohnungen. Wir haben gemeinsam mit SPD und Grünen einen Zielbeschluss gefasst, dass die Stadt darauf hinwirken muss, dass die SWSG künf-



Foto: Roland Hägele

Dickes Brett gebohrt: Als erste setzte sich unsere Fraktionsgemeinschaft für den Erhalt des Lern- und Gedenkortes Hotel Silber ein. Seit Dezember 2018 ist die Gedenkstätte der Öffentlichkeit zugänglich.



Foto: Redaktion

Vorbild Kopenhagen: In der dänischen Hauptstadt ist viel Platz für Fahrräder – in Stuttgart besteht Nachholbedarf! Mit der Umsetzung des Radentscheids könnte sich die Situation in der Landeshauptstadt verbessern.

tig 30.000 Wohnungen in ihrem Besitz haben soll. Damit würde der Marktanteil der SWSG auf 10 Prozent steigen.

Erstmals keine Mieterhöhung bei der städtischen Wohnungsgesellschaft SWSG: Viele Anläufe wurden von uns gemacht, damit die SWSG endlich auf die bislang routinemäßig durchgeführte Mieterhöhung verzichtet. Im Oktober 2015 haben wir das beantragt, im Juni 2016 erneut, zwei Jahre später am 6. Juni 2018 erneut. Jetzt fand sich endlich eine Mehrheit – ob das in Zukunft so bleibt? Wir kämpfen jedenfalls weiter dafür, dass die SWSG auf Mieterhöhungen verzichtet.

Stuttgart 21

Wir sind die einzige politische Kraft im Gemeinderat, die konsequent und unbeugsam gegen das Milliardengrab Stuttgart 21 kämpft. Von Beginn an haben wir uns gegen den Rückbau von Schienen-Infrastruktur gewandt – die maßlos aus dem Ruder laufenden Kosten, die jahrelangen Verzögerungen, die schwerwiegenden planerischen Mängel haben uns in unserer Haltung immer bestätigt. Wir kämpfen weiter und repräsentieren ein Viertel der Stuttgarter Bevölkerung, die das Projekt Stuttgart 21 nach wie

vor strikt ablehnt! Alle anderen haben den Kampf längst aufgegeben, resignieren, wiederholen Durchhalteparolen oder sagen ganz offensiv zu unserer Kritik: „Selbst, wenn Sie Recht haben, wir machen es trotzdem, koste es was es wolle“. Wir streiten weiter für einen funktionierenden Bahnknoten – das geht mit Umstieg 21, aber sicher nicht mit Stuttgart 21.

Milieuschutzsatzung

Dahinter verbirgt sich ein Instrument, welches für ein zu definierendes Gebiet festschreibt, dass die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nicht verändert werden darf, beispielsweise durch Mieterhöhungen in Folge von Luxussanierungen. Eine solche Satzung ist also ein Hebel, um Gentrifizierung zu erschweren und im besten Fall zum Erliegen zu bekommen. Erstmals prüfte die Stadt eine solche Satzung, nachdem wir am 9. Mai 2018 einen Antrag (124/2018).

Sozialticket

seit 2014 eingeführt, seit 2016 fest im Haushalt verankert. Inhaber_innen der Bonuscard und Bezieher_innen von Arbeitslosengeld II haben ein Recht auf ein Sozialticket – das bedeutet: Bus und Bahn kosten die Hälfte

des regulären Preises. Wir haben das Ticket in den Haushalt verhandelt und dafür gesorgt, dass es auch langfristig angeboten wird.

Tarif Plus

für Erzieher_innen fortgeführt: Stuttgart hat einen großen Mangel an Erzieher_innen – die überdies nicht gut bezahlt werden. Um wenigstens ein Stück Anerkennung für die wertvolle Arbeit dieser Berufsgruppe auszudrücken, haben wir uns erfolgreich für die Fortführung der Großstadt-Zulage Tarif Plus eingesetzt: Wer eine Vollzeitstelle hat, bekommt 100 Euro pro Monat als Zulage. Wir haben diese Zulage auch für die Pflegeberufe und für Reinigungskräfte gefordert. Die anderen Fraktionen wehren sich (noch) dagegen. Wir bleiben dran!

Glyphosatverbot

Nach 876 Tagen endlich am Ziel: Das Umweltgift Glyphosat wurde am 28. Juni 2018 vom Gemeinderat auf unsere Initiative hin beschlossen. Anfang des Jahres 2016 hatten wir einen Antrag eingereicht, der lange von der Verwaltung verschoben wurde. Zweieinhalb Jahre nach der Klassifizierung des Umweltgifts Glyphosat, als „wahrscheinlich



Foto: Redaktion

Holland kann's: Radwege getrennt von Fußwegen kann Konflikte entschärfen.



Foto: Redaktion



Foto: Redaktion

Geht auch ohne das Umweltgift Glyphosat: Weinbau in Stuttgart muss künftig ohne das Herbizid laufen – zumindest auf städtischem Grund und Boden.

krebserregend für den Menschen“ durch die Internationale Agentur für Krebsforschung, wurde das Gift endlich verboten. Zumindest im Wirkungskreis der Stadt ist das Umweltgift Glyphosat jetzt verbannt. Damit ist Stuttgart keineswegs Vorreiter. Über 200 Kommunen in Deutschland haben diesen Schritt bereits vollzogen. Spätestens im Jahr 2022 wird das Umweltgift von den kommunalen Böden Stuttgarts verschwunden sein.

CAP Märkte

in Untertürkheim und Obertürkheim haben wir gegen die Ansiedlungspläne von Aldi verteidigt. Geschäftskonzept der CAP-Märkte ist, dass sie einen hohen Anteil an Beschäftigten haben, die behindert oder sozial benachteiligt sind. Unter der Voraussetzung, dass die Stadt dieses Geschäftsmodell unterstützt, haben sich zwei CAP-Märkte in Obertürkheim und Untertürkheim angesiedelt, die von der Bevölkerung sehr gut angenommen werden. Im zentral gelegenen Postareal in Untertürkheim plant der Lebensmitteldiscounter Aldi, jetzt eine Filiale zu eröffnen und damit die Existenz der CAP-Märkte zu bedrohen – so steht es auch in einem (lange geheim gehaltenen) Gutachten der Stadt. Wir kämpfen weiter für den Erhalt der CAP-Märkte und gegen die Aldi-Ansiedlung.

Städtisches Geld nur dort anlegen, wo es vertretbar ist

Unter dem Begriff Divestment wird gefasst, wenn Geld nicht mehr in Unternehmen investiert wird, die beispielsweise mit fossilen Brennstoffen ihr Geld verdienen, die Menschenrechte nicht achten, die Tierversuche machen oder an Waffengeschäften beteiligt sind. Ende Juli 2016 hat der Gemeinderat auf unsere Initiative hin beschlossen, dass die Stadt ihr Geld künftig nach diesen Regeln anlegen muss. Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Die Stadt investiert nicht neu



Foto: Redaktion

Unterschriften für den Erhalt der CAP-Märkte: Während sich die anderen Fraktionen von ihrer Zusage für die CAP-Märkte in Ober- und Untertürkheim entfernen, streiten wir weiter für den Erhalt!



Foto: Roland Hägele

Die CAP-Lebensmittelmärkte beschäftigen Menschen, die sozial benachteiligt oder behindert sind. Solche Arbeitsplätze dürfen nicht durch die Ansiedlung von Billig-Discountern gefährdet werden.

in Unternehmen, die ihrerseits noch in den Rohstoffabbau von Kohle und Öl, mittelfristig auch Erdgas, investieren und nicht in solche, deren Geschäftsfeld (auch) die Energieerzeugung mit Kohle/Öl ist. Stattdessen investiert die Stadt ihre Anlagen ethisch und nachhaltig. Sofort ausgeschlossen werden Beteiligungen an Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen, die Militärwaffen und/oder – Munition herstellen oder vertreiben, die Atomenergie erzeugen. Mittelfristig ausgeschlossen werden Beteiligungen an Unternehmen, die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern, die Tierversuche für die Herstellung von Kosmetika durchführen, denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen worden sind, die an den Finanzmärkten mit Nahrungsmitteln spekulieren oder die mit Mietwohnungsbeständen Spekulation betreiben.“

Zweckentfremdungsverbotssatzung

Wohnungen dürfen nicht gewerblich genutzt werden, sondern für wohnen, ansonsten drohen Bußgelder bis zu 50.000 Euro. Das haben wir schon 2014 im Gemeinderat gefordert und einen Antrag eingereicht, in welchem wir eine solche Satzung gefordert haben. Das Land hatte im Dezember 2013 bereits ein Gesetz beschlossen, das es ermöglichte, ein solches Verbot auszusprechen. In Stuttgart wurde es dann zum 1. Januar 2016 wirksam.

Wildtierverschickung

Damit ist nicht gemeint, wilde Tiere zu verbieten, sondern dafür zu sorgen, dass Zirkusse keine städtische Fläche vermietet bekommen, wenn sie Wildtiere im Programm haben. Wir sind der Überzeugung, dass wilde Tiere im Zirkus unter keinen Umständen artgerecht gehalten werden können – deshalb haben wir eine Initiative gestartet und waren erfolgreich: Im Januar 2017 stimmten im Gemeinderat 29 Stadträt_innen dafür, 19 dagegen und sieben enthielten sich.

Ab dem 1. April 2019 gilt das Verbot – der Weltweihnachtszirkus verzichtete bereits Ende 2018 auf Wildtiere!

Lastenradförderprogramm für Familien

Im vergangenen Haushalt (Oktober 2017) haben wir einen Antrag gestellt, die Stadt möge ein Förderprogramm für Lastenräder für Familien auflegen. Lange hörte man nichts – dann kam plötzlich eine Vorlage und die Mehrheit des Gemeinderats gab dem Antrag seinen Segen. Innerhalb weniger Wochen flatterten 300 Anträge auf Lastenradförderung für Familien ein – damit hatte niemand gerechnet. Die Bürger_innen sind offenbar beim Thema nachhaltige Mobilität weiter, als die Mehrheiten des Gemeinderats. Wir sagen: Förderprogramm fortsetzen, öffnen, ausweiten! Lastenräder sind Teil der Lösung – wer das nicht so sieht, ist Teil des Problems! Das Programm wird übrigens 2019 und in den folgenden Jahren leicht verändert fortgesetzt!



Foto: Roland Hägele

Lastenräder sind Teil der Lösung: Ein Teil der Citylogistik kann über die umweltfreundlichen Gefährte abgewickelt werden – auch können sie Autos ersetzen.

Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus,
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart,
V.i.S.d.P. Tom Adler, Hannes Rockenbach

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), DIE LINKE, der Piratenpartei und der Jungen Liste Stuttgart. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Guntrun Müller-Enßlin, Hannes Rockenbach und Luigi Pantisano. DIE LINKE stellt die Stadträte Laura

Halding-Hoppenheit, Christoph Ozasek und Tom Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktionsgemeinschaft gebildet und haben sich 2014 mit der Piratenpartei, vertreten durch Stefan Ubat und mit der Jungen Liste Stuttgart, vertreten durch Christian Walter, erweitert.

Redaktion: Fritz Schirrmeister, Renate Winter-Hoss

Animationen: Neckarwelle

Fotos: Roland Hägele, Timo Kabel, Redaktion, Wolfgang Rüter

Visualisierungen: Mario Schneider

Gestaltung: preiselbeerdesign.de

Druck: Druckhaus Stil Stuttgart

Die digitale Ausgabe können Sie entweder per E-Mail unter soeslinkeplus@stuttgart.de bestellen oder unter www.soeslinkeplus.de herunterladen.